



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. 01/2025

An

- a) Mitgliedsgewerkschaften der Landes- und Kommunalbediensteten
- b) dbb jugend rheinland-pfalz
- c) dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz
- d) dbb Bezirks- und Kreisverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb Landesvorstandes
- b) dbb Ehrenvorsitzende
- c) dbb Ehrenmitglieder
- d) dbb Kassenprüfer
- e) dbb arbeitnehmersvertretung rheinland-pfalz

Mainz, 29.01.2025
he/--

Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung;

Transformationsfitness des öffentlichen Dienstes im Fokus

Konzentrierter Austausch im breiten Themenfeld mit Arbeitsministerin Dörte Schall

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zu einem Lagegespräch hinsichtlich des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz war die dbb Landesleitung am 27.01.2025 zu Gast im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung Rheinland-Pfalz (MASTD).

In einem konzentrierten Austausch von über einer Stunde Dauer im breiten Themenfeld mit Arbeitsministerin Dörte Schall ging es um die Transformationsfitness des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz.

Anhand zahlreicher Praxisbeispiele aus dem Verwaltungsalltag erörterten die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz und Staatsministerin Dörte Schall die herausfordernde Aufgaben- sowie Personalsituation des öffentlichen Dienstes. Diskutiert wurden im MASTD Ansätze zur Verbesserung der Dienstbedingungen.

Ministerin Dörte Schall steuerte interessanterweise aus ihrem Erfahrungsschatz Beispiele schwieriger bzw. misslungener Umsetzungen insbesondere im kommunalen Sektor bei und kritisierte zersplitterte Zuständigkeiten und Systemimplementierungen, während doch ein-

heitliche Systeme zumindest bei zentralen, durchgängig gleichen Dienstleistungen viel Synergiepotential haben könnten.

Stetiger Aufgaben- und Arbeitszuwachs führten nicht nur beim öffentlichen Personal zu Frust und Unzufriedenheit, so die dbb-Delegation.

Es gebe zu viel Arbeit für zu wenig Arbeitskräfte und eine Diskrepanz zwischen Ausstattung und Aufgaben.

Einigkeit bestand unter anderem darin, dass das Personal im öffentlichen Dienst Bürokratie nicht selbst auslöse, sondern durch Gesetz- und Verordnungsgebung auf allen Regierungsebenen mit immer mehr und immer komplexeren Aufgaben konfrontiert werde.

In dieser schwierigen Situation werde trotz allgemeiner Personalknappheit und Verwaltungsauslastung öffentliche Dienstleistung von hoher Qualität geliefert, aber psychische, körperliche und arbeitsbedingte Belastungen nehmen stetig zu.

Hier grundlegend und umfassend gegenzusteuern, ist gemeinsame Aufgabe insbesondere der Landesregierung und der Gewerkschaften, auch in ihrer Eigenschaft als Sozialpartner, darin stimmten dbb Landeschefin Lilli Lenz und Transformationsministerin Dörte Schall überein.

Ausgetauscht wurde sich über verschiedene Gegenmaßnahmen.

Zum Beispiel verbesserungswürdig ist die Schaffung von Systemkompatibilität und funktionierenden digitalen Schnittstellen in der Kommunal- und Landesverwaltung.

Weder darf passieren, dass Verfahren personalintensiver werden, noch dürfen sie – auch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger – komplizierter sein, so die Gesprächspartnerinnen.

Digitalisierungsministerin Dörte Schall sieht Rheinland-Pfalz dabei auf einem stabilen Weg. Wegen des Voranschreitens der Digitalisierung werde auch die interne IT-Architektur der öffentlichen Verwaltung stetig überdacht, weiterentwickelt und standardisiert. Bedarfe würden so gebündelt und konkurrierende Lösungen abgelöst – im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Ressourceneinsparung.

Aus Gewerkschaftssicht wichtig im Rahmen optimierter Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sind erweiterte Angebote verschiedener Teilzeitmodelle, die weiter gesteigerte Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege sowie Verbesserungen beim Betrieblichen Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst.

Entlang der Beschlusslage des Gewerkschaftstages des dbb rheinland-pfalz regte die dbb Landesleitung unter anderem ein Pflegegeld für pflegende Angehörige an.

Ministerin Dörte Schall äußerte, dass ihr Haus zwar Verbesserungen für Pflegenden grundsätzlich flankiere. Weil Pflegezeiten im Gegensatz zur Elternzeit jedoch nicht befristet und nicht planbar seien, stünden Finanzierungsfragen dagegen.

Die dbb Delegation forderte grundsätzlich mehr Geld in Gestalt besserer Bezahlung für den öffentlichen Dienst im Sinne von Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung.

Die Forderung nach Anhebung der Eingangsamtsbesoldung wurde ebenso thematisiert wie mehr Mittel für Digitalisierung (Ausstattung, Fortbildungen).

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz signalisierte die Bereitschaft der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation zur Mitwirkung an den Fachkräftestrategien der Landesregierung.

Damit zielte sie auf eine Einbeziehung des dbb rheinland-pfalz beim Ovalen Tisch des Ministerpräsidenten, dessen Teilnehmerinnen und Teilnehmer regelmäßig über die Situation auf dem Ausbildungsmarkt und Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs beraten.

Das Bündnis besteht aus Kammern, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, der Bundesagentur für Arbeit und den zuständigen Fachministerien.

Die Ministerin verwies auf die Gastgeberrolle der Staatskanzlei und merkte an, dass geprüft werden müsse, ob das Gremium noch über freie Plätze verfüge.

An dem Gespräch nahmen seitens des Ministeriums Staatsministerin Dörte Schall (SPD) und Stefanie Schneider teil, Referatsleiterin Arbeitsrecht, Gewerkschaften und Konversion. Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz wurde begleitet vom stellv. Landesvorsitzenden Peter Mertens sowie von Landesgeschäftsführer Malte Hestermann. Der Austausch soll im jährlichen Rhythmus fortgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Lilli Lenz
Landesvorsitzende